

# Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig  
Bei Zeitungsbestellern um 10 Pfennig erhältlich

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale  
Beilagen: Der rote Stern / Der kommunistische Genossenschaftler / Wirtschaft

**Wahlkündigung**  
22. Januar, 16 Uhr  
Zirkus Sarrasin

Bezugspreis monatlich (mit Haus) 2 RM. (Halbmonatlich 1 RM.) durch die Post bezogen monatlich 2 RM. (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft m. B. H. Dresden-Alt / Geschäftsstelle u. Expedition: Altendammstr. 2 / Fernsprecher: 17 259 / Postfach: Dresden Nr. 18 690. Dresdner Verlagsgesellschaft  
Schriftleitung: Dresden-Alt, Altendammstr. 2 / Fernspr. Amt Dresden Nr. 17 259 / Drahtschrift: Arbeiterstimme Dresden / Sprechstunden der Redaktion: Wochentags 4—6 Uhr (außer Dienstag u. Donnerstag)

Anzeigenpreis: Die neunmal gebaltene Anzeigen 0,20 RM. für die Restameile an Anzeigenannahme freitags bis 9 Uhr Straße 2 / Die „Arbeiterstimme“ erscheint täglich, an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises

4. Jahrgang Dresden, Montag den 9. Januar 1928 Nummer 7

## Der SPD-Vorstand bestätigt Noske

Der Bezirksvorstand der SPD Ostfachsens und die Volkszeitung verschweigen die Provokation

### Noske offizieller Wahlkandidat

Die endgültige Entscheidung über die Noske-Kandidatur ist gefallen. Wie wir erfahren, fand am Donnerstag eine Sitzung des Parteivorstandes der Sozialdemokratischen Partei statt, in der Vertreter des Wahlkreises Weser-Ems anwesend waren. Diese sozialdemokratischen Delegierten richteten an den Parteivorstand die Frage, ob sie die Aufstellung Noskes als Reichstagskandidat vornehmen könnten, ohne daß der Parteivorstand sie später desavouieren und gegen die Kandidatur Einspruch erheben werde. Der Parteivorstand der SPD erteilte daraufhin den Vertretern von Weser-Ems den Auftrag, in der Richtung zu arbeiten, daß ein möglichst einflußreicher Beschluß über die Aufstellung Noskes zustande komme. Der Parteivorstand selber werde unter gar keinen Umständen gegen die Kandidatur Stellung nehmen, sondern unbedingt an ihr festhalten.

Es ist kein Zufall, daß der endgültige Beschluß des Parteivorstandes in der Frage der Kandidatur Noskes unmittelbar vor dem neuen Zusammentritt des Reichstages erfolgte. Der Parteivorstand der Sozialdemokratischen Partei will der Bourgeoisie zeigen, daß er schon in der Frage des Reichsschulgesetzes, in der Frage der Wahlverschleppung wie auch auf jedem anderen Gebiet mit der Bourgeoisie durch dick und dünn geht, sich entweder offen mit ihren Anschlägen solidarisiert oder ihr zum mindesten nicht die leisesten Schwierigkeiten bereitet. Gegen diese Politik des skrupellosen Klassenverrates im Interesse der Bourgeoisie muß die Arbeiterklasse einen entschiedenen Gegenstoß durch die Verschärfung

ihrer Kampfes gegen den Bürgerblock und seine Handlanger, die Noskiden, führen. Die Eisenarbeiter im Ruhrgebiet, die die Scharfmacherfrechheiten der Stahlindustriellen beantworteten, indem sie aus eigener Kraft nach acht Stunden den Betrieb verließen, haben dem gesamten deutschen Proletariat ein Beispiel gegeben, das es nachzuahmen gilt.

- Kampf gegen die Schulverfassung!
- Kampf um die Bejettigung des Bürgerblockreichstages und der Bürgerblockregierung!
- Kampf gegen die verräterische Koalitionspolitik der SPD!
- Klassenkampf unter der Führung der Kommunistischen Partei — das ist die Antwort der deutschen Arbeiterklasse auf die Kandidatur des Arbeiterhüchlers!

So haben die Wels, Hermann Müller und Stamper sich endgültig entschieden. Während die Berliner sozialdemokratischen Arbeiter auf Grund des dauernden Schweigens des Vorwärts von Seiten ihrer Partei überhaupt noch nicht die leiseste Andeutung über die Möglichkeit der Kandidatur Noske erfahren haben, während in einer Reihe linker Bezirke den SPD-Arbeitern eben noch vorgeredet wurde, über die Frage der Noske-Kandidatur sei überhaupt noch keine Entscheidung gefällt, verhandelt der Parteivorstand bereits definitiv und verpflichtet sich, die Kandidatur des Arbeiterhüchlers unter allen Umständen zu decken. Schamloser und zynischer läßt sich der Betrug an den sozialdemokratischen Arbeitern unmöglich vollziehen, als es die Welsfreunde Noskes im sozialdemokratischen Parteivorstand zuwege gebracht haben.

## Wieder eine schwere Explosionskatastrophe in Berlin

Ein Laboratorium in die Luft geflogen / Unbekannte Explosionsursache / 2 Tote, viele Verwundete

Die Toten der Explosionskatastrophe in der Landsberger Allee sind noch nicht beerdigt und schon wieder hat sich eine neue Explosionskatastrophe in Berlin zugetragen. Diesmal erfolgte die Katastrophe in der Villenkolonie in Gunnewald. Die Katastrophe hatte nicht das gleiche Ausmaß wie am Donnerstag, aber nur deswegen, weil das in die Luft geflogene Villengrundstück nicht so stark bewohnt war wie das am vergangenen Donnerstag in die Luft geflogene Mietwohnhaus. In dem Villengrundstück Parltstraße 40-42, das von der Familie des Generalkonsuls Weingärtner und seinem Schwager Dr. Willi Stammer bewohnt war, befand sich ein Laboratorium der Chemischen Werke, Kommanditgesellschaft Weingärtner u. Co. Durch eine Explosion, die in dem im Grundstück untergebrachten Laboratorium stattfand, wurde am Sonntag 9,15 Uhr eine katastrophale Verwüstung angerichtet. Der Hauptteil des Grundstückes ist zerstört geblieben. Eine Autogarage von 10 Quadratmeter Umfang flog in die Luft. Im Wohnhaus selbst wurde der nach dem Garten liegende Flügel, die Wohnung des Hausbesizers, die Küche und ein Schlafzimmer von der Explosion völlig zerstört.

Die Detonation der Explosion war so gewaltig, daß noch in den 10 Minuten von der Unglücksstelle entfernt liegenden Häusern die Fensterscheiben zertrümmert wurden. Bis noch Mitternacht hinein wurde die Erschütterung wahrgenommen. Die Ursachen der Explosion sind bisher noch nicht aufgeklärt. Vertreter der Kriminalpolizei, des chemisch-technischen Instituts der Technischen Hochschule sind mit der Aufklärung beschäftigt. Die Firma Weingärtner beschäftigte sich mit der Herstellung homöopathischer Arzneiartikel. Gleichzeitig aber hat sich Dr. Stammer mit der Herstellung von Sprengkapseln, sogenannten Knallsignalen für die Reichsbahn beschäftigt, die in diesem Laboratorium ausprobiert wurden.

Der Bezirksvorstand Ostfachsens der SPD, die Dresdner Volkszeitung, auch Oskar Edel, der doch dauernd behauptet, die lächlichen Sozialdemokraten wollen, daß die SPD eine Arbeiterpartei sei, die einen ununterbrochenen Kampf gegen die KPD und Sowjetrußland führe, sie schweigen zum Noske-Mandat. Diese sogenannten Linken betreiben die gleiche Taktik wie der Borwärtis, sie verschweigen das Wiederaufmarschieren Noskes den Arbeitern. Die lächlichen Radikalen schimmern im Noskesturz. Der Mann, der sich selbst als den Bluthund bezeichnete, der Henker an der Revolution lehrte mit Willen und Zustimmung des SPD-Parteivorstandes zurück in die offizielle SPD-Politik. Er tritt auf als Reichstagskandidat. Die tapferen Mannen vom ostfachsenschen Bezirksvorstand schweigen. Die radikalen Zentralredakteur enthüllen sich als Noskesozialisten. Die „Linken“ stehen in einer Front mit Noske. Das Bekenntnis der SPD zu Noske, das Bekenntnis zur blutigen Unterjochung der deutschen Arbeiterklasse, zu jenen Leichenhügeln und Massengräbern erschlagener Arbeiter, die den Weg Noskes zieren, zu jenem Meer von proletarischem Blut, das er vergossen hat, zu jener Wiederaufrichtung der kapitalistischen Herrschaft und Bürgerblockdiktatur, die er und seine weißen Horden vollbrachten — dieser neue Anknüpfung der Sozialdemokratischen Partei vor der Bourgeoisie ist keine Angelegenheit, die erst bei den kommenden Reichstagswahlen spruchreif wird. Nein, heute schon will die Sozialdemokratische Partei der deutschen Bourgeoisie mit allem Nachdruck den Beweis liefern, daß die Herrschaft des Kapitals nicht das mindeste von ihrer Seite zu fürchten hat. Jene Große Koalition, auf die die SPD-Führer im kommenden Reichstag hoffen, wollen sie heute schon ermöglichen und vorbereiten. Heute schon soll das Bündnis der Hermann Müller, Wels und Hilferding mit dem Zentrum, mit der Deutschen Volkspartei mit dem Bürgerblock geschlossen und gefestigt werden.

Der Chemiker Willi Stammer und die 23jährige Hausangestellte Martha Schönefelder wurden getötet. Mit schweren Verletzungen wurden das Ehepaar Peter sowie ihre drei Töchter, das Hausmädchen Annie Bagenda, der Hausdiener Walter Meinel und die Köchin Feida Musche in das Krankenhaus gebracht. Ein in der Villa wohnender Untermieter Dr. phil. Blanke wurde dadurch gerettet, daß er in der Nacht zum Sonntag durch Besprechungen in Berlin festgehalten und nicht in seine Wohnung zurückgeführt war.

Nach der Katastrophe wurden unter den Trümmern auch zwei große gebrauchsfertige gefüllte Fliegerbomben und mehrere Sprengkapseln hierzu gefunden. Ueber den Verwendungszweck der Fliegerbomben wird bis jetzt noch nichts mitgeteilt. Die Bomben waren ohne Zünder. Nur einem Zufall ist es zuzuschreiben, daß die Bomben nicht explodierten, sonst wäre das ganze Stadtviertel in die Luft geflogen. Das Vorhandensein der Fliegerbomben und Sprengkapseln läßt die Vermutung aufkommen, daß neben der Reichsbahngesellschaft, die in diesem Laboratorium Versuche mit Knallsignalen anstellen ließ, auch andere Reichsbehörden Versuche durchführen ließen. Es ist anzunehmen, daß die Explosion auf ein Kreieren von Sprengkapseln oder von Knallsignalen zurückzuführen ist.

### Noskes Bifitenkarte



„Einer muß der Wut Hund sein!“ Auf Beschluß der Sozialdemokratischen Partei wird Noske in diesem Jahre Reichstagskandidat. Der Henker der Revolution kehrt wieder

Die Rettungsarbeiten waren außerordentlich erschwert. Die Verunglückten lagen unter den Trümmern begraben. Es dauerte 3 Stunden, bis die Hausbesorgerin Frau Deter aus ihrer Lage befreit werden konnte. Zuerst gelang es nur, einen einzelnen Arm der schwerverletzten Frau freizulegen. Um die Schmerzen zu lindern, wurden der Frau durch die Schmalung hindurch eine Morphiuminjektion gegeben. Erst gegen 13 Uhr konnten die Trümmer so weit beiseite geräumt werden, daß Frau Deter geborgen und in das Krankenhaus gebracht werden konnte. Von der Familie des Generalkonsuls sind weitere Mitglieder nicht betroffen worden, da, wie schon gesagt, das Hauptgebäude unbeschädigt war. Mit Ausnahme Stammers und der Hausbesorger, die zusammen mit dem Dienstmädchen in der zertrümmerten Küche waren, befanden sich sämtliche Hausbewohner zur Zeit der Explosion in ihren Schlafzimmern.

### Wie die Augenzeugen die Katastrophe schildern

Augenzeugen schildern, daß im Augenblick der Detonation eine dicke gelbliche Rauchwolke das ganze Grundstück umhüllte, so daß nichts zu erkennen war. Man hörte nur ein furchtbar, donnerähnliches Krachen. Personen, die in die Nachbarkolonien am Fenster standen, wurden zu Boden geschleudert. Erst nach mehreren Minuten, — während man gleichzeitig gellende Hilferufe hörte — konnte man sehen, was geschehen war:



# Neue Verhandlungsmanöver

Bochum, 8. Januar. (Eig. Drahtbericht.)

Die Betriebsräte der Werke vom Bochumer Stahlverein wurden am Sonntag nach Düsseldorf zu Verhandlungen geladen. In diesen nahm als Vertreter der Stahlindustriellen der Syndikus der Unternehmerorganisation teil, außerdem war ein Vertreter des Reichsarbeitsministers anwesend. Die von den Unternehmen an den Deutschen Metallarbeiterverband gerichtete Aufforderung, vor Beginn der Verhandlungen die Kampfmaßnahmen zurückzuziehen, wurde abgelehnt. Trotzdem wurden dann die Verhandlungen fortgesetzt. Als Ergebnis wurde den einzelnen Betriebsleitungen überlassen, selbständige Verhandlungen mit den Betriebsräten zu führen. Am Mittwoch oder Donnerstag nächster Woche sollen im Reichsarbeitsministerium neue Vergleichsverhandlungen über die Durchführung des Schiedspruchs stattfinden.

Bochum, 8. Januar. (Eig. Drahtbericht.)

Im Bochumer Verein haben die Warmbetriebe beschlossen, am Montag nach acht Stunden den Betrieb zu verlassen. Eine heute abend stattfindende Vertrauensmännerführung des DMB wird endgültig weitere Beschlüsse fassen.

Essen, 8. Januar. (Eig. Drahtbericht.)

Die bei Krupp zwischen dem Betriebsrat und der Direktion am Freitag zustande gekommene Vereinbarung, am Montag die im Schiedspruch festgelegten Arbeitszeitverfügungen durchzuführen, sind von der Krupp-Direktion nicht gehalten worden. In einem Anschlag werden die Vereinbarungen annulliert. Es ist damit zu rechnen, daß falls keine Bereinbarungen zustande kommen, der Kampf aufgenommen wird.

Bochum, 8. Januar. (Eig. Drahtbericht.)

Während der Gesamtbetriebsrat der Thyssen-Werke über die Durchführung des Schiedspruchs beriet, erschienen die Arbeiter aus den Hütten- und Hammerwerken und forderten Durchführung des Achtstundentages ohne jede Verzögerung, andernfalls der Kampf aufgenommen werde. Der sozialdemokratische Betriebsratsvorsitzende lehnte dieses Ultimatum an die Direktion ab. In den Brenn- und Eisenbetrieben traten die Belegschaften zusammen und for-

derien sofortige Lohnausbesserung. Der Betriebsrat soll mit der Direktion verhandeln. Nach im Walzwerk und unter den Arbeitern an den Hochöfen herrscht starke Erregung, und selbst die sozialdemokratischen Arbeiter beurteilen die Verzögerungspolitik der Reformisten.

Alle Meldungen aus dem Ruhrgebiet lassen eine wachsende Kampfstimmung der Arbeiter erkennen. Schon sind die Forderungen, Schlichter und Reformisten wieder bereit, durch neuen Schlichtungsschwindel den Kampf der Arbeiter zu unterbinden.

In den Pouchhammerwerken sehen die Arbeiter nach im Kampfe. Die Stimmung der Streikenden ist, wie uns heute morgen mitgeteilt wird, außerordentlich gut. Am Freitag ließ sich die Behälterbau-Belegschaft in Riela ebenfalls dem Kampfe anschließen. Die Belegschaft der Stumpen- und Weicherei hat bereits vorher die Arbeit niedergelegt. Die Bewegung gewinnt also mehr und mehr an Ausdehnung. In den Pouchhammerwerken ist eine Kommission aus Berlin eingetroffen, die prüfen soll, ob die Arbeiter des Werkes unter dem Schiedspruch der nordwestlichen Gruppe fallen. Der Reichsarbeitsminister wird dann auf Grund dieser „Prüfung“ die Verbindlichkeitserklärung des Schiedspruchs aussprechen.

In der Sächsischen Gußabblütte in Treital-Döhlen wird die von dem sozialdemokratischen Betriebsrat im Einvernehmen mit den DMB-Funktionären herausgegebene Parole: „Gewehr bei Fuß“ noch immer befolgt. Die Direktion hat sich bis zum 15. Januar Dispens erteilen lassen. Bis zu diesem Tag will der Betriebsrat keinerlei Kampfmaßnahmen unternehmen. Am nächsten Sonntag dürfte aller Voraussicht nach eine große Belegschaftsverammlung stattfinden. Für die Einlösung des DMB-Betriebsrates ist bezeichnend, daß der Vorsitzende Vahlg die Aufgabe der Arbeitseinstellung in Riela-Gröblich vor der Belegschaft noch verweigerte, als die Arbeiterstimme die Meldung des Streikes im Pouchhammerwerk brachte. Tatsächlich aber steht der Betriebsrat mit dem Werke in Pouchhammer in enger Verbindung. Anstatt die Arbeiter des Werkes für den notwendigen Kampf und eine Solidaritätsaktion zugunsten der sich im Kampfe befindlichen Sächsenarbeiter zu mobilisieren, betätigen sich Vahlg und seine Freunde im Betriebsrat, und besonders Vahlg, in kommunistische Unter der Arbeiterschaft, besonders im Stahlwerk, wächert der Wille zum Kampfe.

von der Aufgange, die einen Umfang von fast 10 Quadratmeter hatte, war kaum ein Stein auf dem anderen geblieben; die Küche war vom Anrichterraum, das zum Garten hin liegende Schlafzimmer vom Nebenzimmer wie mit einem Meißel abgeschnitten. Wo sich früher die Mauer befand, hing jetzt — von der Explosion vergessen — eine halbe Zimmerwand in der Luft, von der ein merkwürdigerweise unbeschädigter Spiegel in den Garten starrte.

Der Garten selbst war nichts als ein gewaltiger Trümmerhaufen; eiserne Balken lagen über Türstufen, Ziegelsteinen, Resten von Möbeln. Auf den Bäumen, fünfzehn Meter hoch, Gegenstände, die in die Luft geflogen und beim Niederfallen von den Zweigen festgehalten waren; — Rissen und Bettwäsche und eine Hölle, die — noch sorgfältig in den Bügel eingepaßt — vom Kleiderbügel aus auf den Baum geflogen war.

## Hausdurchsuchungen im Liebknecht-Haus

Von H. Oberlein

Die Kommunistische Partei ist an Hausdurchsuchungen gewöhnt. Sie gehören fast zum täglichen Geschäftsbetrieb des Zentralkomitees. Was sich aber in den letzten Monaten hier zutrug, übersteigt alle Grenzen, die wir bisher gewöhnt waren. Seit ein paar Monaten halten sich die Staatsanwälte fast in jedem Dorf in Deutschland für berechtigt und verpflichtet, Hausdurchsuchungen beim Zentralkomitee anzuordnen. Wenn irgendwo in der Woche ein Flugblatt, ein Klebezettel oder eine Broschüre verteilt wird, dann kommt irgendein hergelaufener Staatsanwalt und ordnet eine Hausdurchsuchung beim Zentralkomitee an. Diese Hausdurchsuchungen werden auch dann angeordnet, wenn Literatur ganz legal mit Verleger- und Herausgeberangaben erschienen ist.

Trotz der Vertreter der deutschen Justiz, die zum größten Teil ihre tatsächliche Meinung nicht verleugnen können, mit allen Mitteln den Kampf gegen die Kommunistische Partei führen, ist bekannt, solange die deutsche Arbeiterschaft sich diese Justiz gefallen läßt, wird das nicht anders werden.

Aber von besonderer Bedeutung dabei ist, daß der sozialdemokratische Innenminister Geiselsitz und sein getreuer Schützling Jörgiebel in Berlin sich mit einem Eifer und einer Unterwürfigkeit dieser Justiz zur Verfügung stellen, daß sie sich wie fromme Heulen verhalten, daß sie zu jeder Zeit rufen, wenn der Staatsanwalt pfeift.

In den letzten Monaten sind fast jede Woche mehrmals ganze Radeln von Kriminalbeamten auf die Räume des Zentralkomitees, auf das Liebknecht-Haus losgeschickelt worden. Alle Zimmer wurden durchsucht, alle Schränke durchwühlt, alle Alben durchgemischt, um das Korpus delicti zu finden. Natürlich in allen Fällen ohne jeden Erfolg. Nicht in einem einzigen Falle wurde etwas gefunden, außer einmal ein paar Broschüren, die in jedem Buchladen zu kaufen sind.

Am Mittwoch rüdten wieder 16 Kriminalbeamte mit ihren Kommissaren an und suchten einen von irgendeiner Jugendgruppe herausgegebenen Propagandazettel zu Hindenburgs Geburtstag. Als Jörgiebel den Namen Hindenburg vom Staatsanwalt gehört hat, ist er wahrscheinlich zusammengeknallt wie ein Taschenuhrmacher. Die Kriminalbeamten bekamen sicher ganz besonders strenge Anweisungen und sie suchten hundstunde lang mit einem Eifer, der gewiß angebracht wäre, wenn es sich darum handelte, einen tatsächlichen Mörder oder einen kapitalistischen Schleicher zu finden. Sie suchten nach dem Jargon des Staatsanwalts „die Spuren der trotzkistischen Handlung“. Gefunden haben sie natürlich nichts.

Aber durch diese Hausdurchsuchungen werden sicher noch andere dunkle Zwecke verfolgt. Es genügt der Ableitung, daß die der Partei gehörenden Baupläne des Karl-Liebknecht-Hauses bei der Hauspolizei zu kopieren und sich anzueignen — sie wollen wissen, wer in den Zimmern des ZK arbeitet und welche Arbeiten hier verrichtet werden. Denn sonst hätte die immer wiederkehrende Schmutzerei in unseren Bureaus keinen Sinn.

Im Anzuge kamen zwei Beamte, jetzt sind es schon 16 geworden. Wann werden die 180 Mann der Kriminalpolizei anrücken, die schon heute den Auftrag haben, im geeigneten Moment die Reichs- und Landtagsabgeordneten der Kommunistischen Partei zu schnappen?

Wir wissen, daß alle Protestieren gegen die Standarte nichts nützt, daß nur der schärfste Protest der Arbeiterschaft in den Betrieben, Gewerkschaften und allen Arbeiterorganisationen dieses niederrätigen Handwerks der Jörgiebel und Geiselsitz lähmen kann. Wir sind dabei sogar gewiß, daß ein großer Teil der Kriminalbeamten, die nur mit Widerstreben dieses Handwerks auf Befehl ausüben, froh wären, solch dunkler Aufgaben entledigt zu werden.

## Zum Wiederaufnahmeverfahren Max Hoels'

Am 6. Januar fand eine Vernehmung zwischen Max Hoel und seinem Rechtsbeistand Dr. Apfel und Professor Felix Halle, dem Genossen Arthur Galle als Vertreter der KPD, sowie Vertretern der roten Hilfe und Vertretern der vogtländischen Arbeiterschaft im Justizhaus Sonnenburg statt. Die Verteidiger legten den Entwurf eines Wiederaufnahmeartrags vor. Es wurde beschlossen, den Antrag nach Abschluß einiger ergänzenden Ermittlungen noch im Laufe des Januar beim Reichsgericht einzureichen. Die Ergänzungsermittlungen sind notwendig geworden auf Grund einer Wiedereröffnung der Voruntersuchung gegen Erich Fricke, von der die Verteidigung amtlicherseits nicht benachrichtigt worden war.

Wie wir von unterrichteter Seite hören, stützt sich der Wiederaufnahmeartrag nicht nur auf das bekannte Geständnis des Erich Fricke und den Widerruf des Zeugen Walter Lebe, sondern die Verteidigung hat weitere neue Tatsachen ermittelt, die einen schweren Justizirrtum in einem anderen, mit dem Fall Hoels im engsten Zusammenhang stehenden Verfahren betreffen und bei ihrem Bekanntwerden großes Aufsehen erregen werden.

## Kampf gegen die Klassenjustiz

Berlin, 9. Januar. (Eigene Drahtmeldung.)

Am Sonntag fand im Filcator-Theater in Berlin eine überfüllte Protestkundgebung gegen die Klassenjustiz statt. Die einen unerhöhten Tugendprophet gegen den proletarischen Dichter Johannes A. Becker vorbereitete, Georg Ledebour zeigte, immer wieder von hitzigen Beifall unterbrochen, an Hand der Anklageschrift die Brutalität und Willkür der deutschen Klassenjustiz auf, die hier einen proletarischen Künstler und in ihm die gesamte revolutionäre Kunst rücksichtslos niedermetzeln und zugrunde richten wollen. Nach ihm sprachen Schriftsteller Höllerich und Rechtsanwalt Uffel, sowie Ernst Toller, Wolfstein, außerdem lagen eine Reihe Aufschriften von namhaften Schriftstellern der Kunst und von Bureau des internationalen Theaterbundes und von 500 Studenten der Moskauer technischen Hochschule vor. Von allen Debattierenden wurde ausgesprochen, daß die revolutionären Dichter nur ein einziges Vaterland haben, die Sowjetunion. Im Schlußwort erklärte Ledebour: „Aber allein nützt gar nichts. Die schönsten und härtesten Reden ändern nichts am Klassenstaat. Auch das Reichsgericht wird und kann kein Recht sprechen. Das Recht im Sinne der ungeheuren Mehrheit der Bevölkerung wird erst dann gesprochen, wenn alle Richter und mit ihnen der gesamte Kapitalismus hinweggefegt werden. Das müssen auch die „Geistigen“ einsehen und zusammen mit dem Proletariat den Kampf führen. Nach hitzigen Niederreden gegen die Klassenjustiz und gegen Hoels und Fricke auf die Sowjetunion schloß die Kundgebung mit dem Gesang der Internationalen.

## Erinnerungen eines Mordbanditen

Hier greift kein Staatsanwalt ein

Berlin, 9. Januar. (Eigene Drahtmeldung.)

Der Kapitän Manfred von Killinger, Führer der isolierten Kometendivision des Reichswehrministeriums, hat auch ein Buch veröffentlicht mit dem Titel: „Erstes und letztes aus dem Vorkriegsleben“, in dem er u. a. nachfolgende Schilderung veröffentlicht:

„Täglich höre ich einen Mordstich vor der Schule. Ein großer, harter Kerl schimpft in den größten Tönen auf einen Unteroffizier von mir los. Der bleibt die Kugel selbst. Da schlingt sich eine Frau an mich heran: „Ausposten! Ein Vorkriegsweiß! Man will die Bevölkerung gegen die Truppen aufheben.“

„Ich würde einem: „Machen Sie eine Handgranate fertig. Ich werde dem Kerl das Maul verbieten. Hört er nicht augenblicklich auf, dann hinein in die Kiem.“

„Ich solle den Kerl beim Knopfloch und sage: „Gehen Sie augenblicklich ihrer Wege! Noch einen Ton und ich verpflichte Ihnen, daß Sie in den nächsten 14 Tagen keinen Ton mehr sprechen.“

„Hoho, das wollen wir mal sehen, wer was zu reden hat“, brüllt er.

„Kraak! Sauft ihm die Handgranate an die linke Kiemenseite. Wie vom Blitz getroffen, bricht er zusammen. Er erhebt sich, stolpert, fällt wieder hin. Gut läuft aus Mund und Nase. Er erhebt sich wieder, will etwas sagen, aber es geht nicht mehr...“

Das Buch ist seit Tagen der Öffentlichkeit bekannt. Die Klassenjustiz und ihre Jörgiebel-Polizei, die fast täglich die Zentrale der Kommunistischen Partei durch ein Massenauflage von Kriminalpolizei überfallen und durchsuchen lassen, hat natürlich keinen Finger krümmen gemacht, um diesen tatsächlichen Mordbanditen, der brutal keine Wehelei noch vor die Öffentlichkeit bringt, zu verhaften. Falls es sich hier um eine regelrecht abgegangene Handgranate handelt, würde ein vorbedachter und planmäßiger Arbeiterverderber vorliegen. Wie wir hören, hat die Liga für Menschenrechte bei der Staatsanwaltschaft ein Verfahren wegen Mordes beantragt. Die Arbeiter haben zu dieser Klassenjustiz nicht für einen Pfennig Vertrauen.

## Genosse Haffis

Genosse A. J. Haffis, der in Kanton, wo er Vizetonsul der russischen Sowjetvertretung war, zusammen mit anderen Genossen in von den chinesischen Konterrevolutionären bestialisch ermordet worden, hat nur das Alter von 32 Jahren erreicht.

Er war im Jahre 1916, noch zur Zeit des Jansenismus, in die bolschewistische Partei eingetreten. Nach der Oktoberrevolution trat er der roten Armee bei und war in ihr einige Jahre hindurch als Kommandant und politischer Kommissar des Stabes tätig.

Nach der Beendigung des Bürgerkrieges studierte er orientalische Sprachen und wurde im Oktober 1921 durch die Partei zum Außenkommisariat zugeteilt. Im Februar 1925 wurde er Sekretär des Generalkonsulats in Schanghai. Später hatte er eine ähnliche Stellung in Hankau.

Er erlebte die Entwicklung der chinesischen Revolution. Er empfand mit den chinesischen Arbeitern und Bauern, wann er sich auch in Folge seiner offiziellen Stellung nur in der Rolle eines Zuschauers befand. Ein Freund schreibt, daß es erhellend war, zu hören, mit welcher Erditterung und welcher Qual Haffis über die Erziehung der Arbeiter während des Schanghai-Streiks des Jahres 1925 erzählte.

Im Dezember 1926 wurde Genosse Haffis nach einem Anstaltsbesuch in Kanton in Kanton hier wurde er am 11. Dezember 1927 nach der Niederlage des kommunistischen Anstalts von den Engländern der englischen Imperialisten, den weißen Militärs, ermordet. Er und viele andere Sowjetbeamte wurden durch die Straßen geschleppt, gefoltert und schließlich auf dem öffentlichen Platz in Kanton erschossen.

Genosse Haffis und die anderen, die mit ihm gefallen sind, haben ihr Leben für die chinesische Revolution, für die Freie und der Welt in den ganzen Welt hingeworfen.

## Einigung zur Schulverbaffung

Berlin, 9. Jan. (Eig. Drahtbericht.)

Wie die Monatsausgabe des Zentralsekretariats meldet, beginnt morgen die Tagung des linken interaktionellen Ausschusses der Bürgerblockparteien mit der Weiterberatung des Schulgesetzes. An der Tagung nehmen die Parteiführer sowie die Parteimitglieder teil. Der große Ausschuss der Bürgerblockparteien tritt dann Mittwoch zusammen. Das kapitalistische Montagblatt erklärt, daß sowohl die Deutschnationalen als auch das Zentrum und die Deutsche Volkspartei kein Interesse daran haben, die Koalition am Reichsschulgesetz zu zerbrechen zu lassen oder etwa die Reichstagsauflösung auf die Tagesordnung zu stellen. Es sollen vom Innenministerium neue Formulierungsvorschläge vorgelegt werden, die einen Ausgleich der verschiedenen Auffassungen in der Schulfrage ermöglichen werden.

## Verchiebung der Sowjetwahlen zum Herbst

Moskau, 8. Januar 1928.

Post Beschluß des Präsidiums des Zentralsekretariatskomitees der Sowjetunion werden die Sowjetwahlen, die im ersten Viertel 1928 hätten stattfinden sollen, auf Herbst 1928 verchieben. Der Beschluß ist darauf zurückzuführen, daß in der ursprünglich vorgesehenen Wahlperiode wichtige Ereignisse, wie Neuwahlen in den Genossenschaften, die allgemeine Revision der Kollektivverträge, das Sammeln der Getreideernte usw. stattfinden werden, die Aufmerksamkeit der Stadt- und Dorfbewohner voll in Anspruch nehmen. Das Präsidium des Zentralsekretariatskomitees sah keinen Beschluß auf Wunsch einer Anzahl von Sowjetrepubliken. Die Wahlen werden im Herbst gleichzeitig in der ganzen Sowjetunion stattfinden.

## Aus den Krallen der weißen Banditen befreit

Ankunft der polnischen politischen Austauschgefangenen in Moskau.

Moskau, den 6. Januar 1928.

Die ausgetauschten polnischen und weißrussischen politischen Gefangenen trafen heute in Moskau ein. Sie wurden im Bahnhof von Vertretern der KPD, der KZSU, von zahlreichen politischen Emigranten und von Moskauer Arbeitern empfangen. Begrüßungsreden hielten ein Vertreter der KPD, ein Vertreter der polnischen Emigranten, ferner Felix Kohn u. a. Im Namen der Ausgetauschten dankte für den warmen Empfang Genosse Gschelischal. Vor dem Bahnhof fand eine improvisierte Versammlung statt, wobei die Ausgetauschten von Vertretern verschiedener Organisationen neuerlich begrüßt wurden. Der ausgetauschte Genosse Kowalewski übermittelte der Versammlung die Grüße der 6000 polnischen politischen Gefangenen.

## Der Banditenanriff auf die Kantonhohle

Der russische Generalkonsul, Genosse Fochwalinski, über den chinesischen Überfall.

Moskau, den 6. Januar 1928.

Der Generalkonsul der Sowjetunion in Kanton, Genosse Fochwalinski, ließ nach seiner Ankunft in Schanghai, wo Erklärung übergeben wurde, der Presse eine die ihm die Ausherrung zugewandten, die Mitarbeiter des Sowjetkonsulats seien auf Grund einer Anklage der Kantonbehörden wegen Teilnahme an den revolutionären Kämpfen bingerichtet worden, demotiert. Fochwalinski stellt fest, daß nichts wurden einfach vom Konsulatsgebäude fortgeschleppt und ermordet. Erst nach dieser Bluttat verbreiteten die interessierten teilgenommen. Es ist eine Tatsache, daß das Konsulat von einer Menge von Soldaten überfallen wurde, die alle Anwesenden gewalttätig abführten. Außer Fochwalinski befanden sich in Kanton nur fünf Sowjetbürger, die alle ermordet wurden.

## Verchiebung der 3A-Auominantona una

Schanghai, 6. Januar 1928.

Die nach Kanton einberufene Tagung des 3A und der 3AA trateneu Spaltung vertrieben. Bis jetzt sind in Kanton 14 Mitglieder des 3A eingetroffen.

## Bombenattentat.

Aus Madrid wird gemeldet: Während eines Festes in einem Unbekannten Bomben in die Zuschauermenge geschleudert, mehrere sind ihren Verletzungen erlegen.







# Wer hat Angst vor der roten Schleife?

Am Donnerstag dem 29. Dezember wurde in der Stadtverordnetenversammlung bei der Diskussion über den kommunistischen Antrag, den städtischen Arbeitern von dem 30-Mark-Vorschuss 15 Mark bei der Rückzahlung zu streichen, von dem sozialdemokratischen Redner Spottke die Behauptung aufgestellt, daß der frühere Vorsitzende des Gesamtbetriebsrats, unser Genosse Gruner, 1922 nicht verhindert habe, daß ein Kranz mit schwarzer Schleife niedergelegt wurde und damit einem Wunsche des Oberbürgermeisters nachgegeben sei. Der in der Sitzung anwesende Genosse Gruner wollte diese falsche und auf Hörensagen aufgebaute Behauptung sofort richtigstellen. Dazu wurde ihm aber von dem sozialdemokratischen Vorsteher Böllrich nicht das Wort gegeben. In der Volkszeitung vom 4. Januar 1928 wurde erneut in einem Artikel „Die Angst vor der roten Schleife“ falsch und lügenhaft diese Angelegenheit behandelt.

Vom Genossen Gruner wird uns nun hierzu geschrieben:

Im April 1922 wurde vom Rat dem Gesamtbetriebsrat mitgeteilt, daß die Ablichtung bestehe, am 30. April eine Gedenktafel für die im Weltkrieg gefallenen Beamten, Angestellten und Arbeiter im Rathaus einzurichten. Der Gesamtbetriebsrat wurde zu dieser Feierlichkeit eingeladen. Diese Mitteilung des Rates wurde vom Vorsitzenden in der Gesamtbetriebsratsitzung vom 10. 4. 1922 vorgelesen. Der Gesamtbetriebsratsitzung vom 10. 4. 1922 nicht vollständig daran teilzunehmen, sondern sich neben dem Vorsitzenden durch einen Ausschuss, bestehend aus den Kollegen Bellmann (SPD), Rauthe (SPD), Roumann (SPD), Nord (SPD), Knobloch (SPD) und Hiob (parteilos) vertreten zu lassen. Des Weiteren wurde beschlossen, einen Kranz und auf Vorschlag des Vorsitzenden eine rote Schleife mit Aufschrift niederzulegen. Die Beschaffung wurde von zwei Kollegen übernommen. Der Kranz wurde auf Kosten des Betriebsratskontos, die Schleife auf Kosten der Mitglieder beschafft. Am Freitag dem 28. 4. 1922 wurde die Schleife geliefert und im Gesamtbetriebsratssaal aufbewahrt. Am Sonnabend dem 29. 4. wurde mit dem Oberbürgermeister telefonisch mitgeteilt, daß er erfahren hätte, der Gesamtbetriebsrat beabsichtige, an der Feier einen Kranz mit roter Schleife niederzulegen, er sei der Meinung, daß diese Feier einen neutralen Charakter tragen sollte. Und diese Abicht würde geteilt von den übrigen in Frage kommenden Organisationen, insbesondere vom Deutschen Beamtenbund und dem Deutschen Betriebsbund, die beide zugestimmt hätten, einen Kranz mit weißer Schleife niederzulegen. Meine Antwort darauf war, der Gesamtbetriebsrat wird sich für sein Geld nicht vorstreifen lassen, was für eine Schleife an den Kranz komme, selbst wenn eine gleiche Organisation sich für Neutralität ausgesprochen hätte. Der Oberbürgermeister antwortete darauf, das könnte doch nur meine Ansicht sein und nicht die des Gesamtbetriebsrates und er verlangte, ich solle diese meine Meinung den in Frage kommenden Herren vortragen. Inzwischen werde er auf seine Kosten eine schwarze Schleife bestellen und dem Gesamtbetriebsrat zustellen lassen. Die Mitglieder des in Frage kommenden Ausschusses wurden noch am Sonnabend zu einer Besprechung zusammenberufen und auf die Frage, ob der Ausschuss die Haltung des Vorsitzenden deckt, stellte sich die Mehrheit auf den Standpunkt, daß, wenn die übrigen Organisationen sich für Neutralität ausgesprochen hätten, müsse man sich letzten Endes anschließen. Erwähnt sei hier, weil oben angeführt, daß die Mehrheit des Ausschusses aus SPD-Leuten bestand. Von mir wurde erklärt, daß ich es unter diesen Umständen dann ablehne, dort hinzugehen und zu sprechen.

Am Sonntag dem 30. April 1922 ist dann die Mehrheit der Kommission nach dem Gesamtbetriebsratssaal gegangen und hat den Kranz mit der schwarzen Schleife geholt und die rote Schleife hängen lassen, die heute noch dort hängt. Wer gesprochen hat (der Oberbürgermeister, Dietel, Koll und Nord), ist in der Tagespresse vom 2. Mai 1922 nachzulesen. Ich bin weder mitgegangen noch habe ich gesprochen. Persönlich will ich noch, daß ich am Sonntag dem 30. April wieder im Rathaus war, noch an der Feier teilgenommen habe.

Zusätzlich, wer nun Angst gehabt hat vor der roten Schleife, überlasse ich der Arbeiterschaft.

Durch diese Feststellungen sind das lügenhafte Geschrei der Volkszeitung und die unwahren Behauptungen Spottkes wohl zur Genüge widerlegt. Weshalb greift die Sozialdemokratische Partei jetzt diesen Fall auf und bringt ihn so entstellend der städtischen Arbeiterschaft zur Kenntnis? Man muß die Ursachen prüfen, um den Wert dieses Geschreies zu erkennen. Die kommunistische Fraktion verlangte, daß den städtischen Arbeitern von ihrem Vorschuss 15 Mark belassen werden. Die SPD steht auf der Seite des Stadtrates und verlangt die volle Zurückzahlung des 30-Mark-Vorschusses. Sie lehnte den Antrag der Kommunisten ab. Die SPD steht also politisch gegen die Arbeiterschaft. Um diese Haltung zu verdeutlichen, ist es jetzt das Märchen von der Angst vor der roten Schleife auf Armelige Geleiten und dreidige Politanten.

## Das Dresdner Grundstücksamt als Hauspatscha

M. Sch. Seit die SPD auch im Dresdner Rathaus offen dem Bürgerhaß beigetreten ist, glaubt der Rat, mit Unterstützung von Finsterbusch, Kösch und Co. die Vorstände gegen die hassenbewußte Arbeiterschaft verstärken zu können.

In den städtischen Grundstücken Stadtteil Laubegait, Vestreider Straße, inkarniert die Verwaltung einen Teil der Mieter, weil dieselben sich offen für die revolutionäre Arbeiterbewegung einziehen. Die „verfluchten Bolschewiken“ müssen heraus aus dem Grundstück, koste es, was es wolle. Alles wird versucht, um diesen Mietern das Leben hauer zu machen.

Als ein Mieter zum Ästen Tag des RAB auswärtige Kameraden herbeiberief, erhielt er ein längeres Schreiben, in welchem mit Räumungsfrage gedroht wurde, „weil beim Einholen von Stroh der Hof aus größtmöglicher Verunreinigung worden sei“. Weiter wurde verlangt, die Abhaltung von Versammlungen in Ihrer Wohnung hat zu unterbleiben.“ Tatsache ist, daß sofort nach Einholen des Strohes der Hof gereinigt wurde und daß noch keine Versammlungen in der Wohnung stattgefunden haben. Die Wohnung ist so klein, daß nur 5 Personen Platz haben, also kann von Versammlungen keine Rede sein. Der Mieter erhob sofort Beschwerde beim Grundstücksamt, schrieb ferner an den Deserenten Dr. Häbert. Bis heute aber erfolgte noch keine Antwort. Wer nun glaubte, daß Friede eingetreten sei, irrt sich, der Krieg geht weiter. Denn es kann der beste Einwohner nicht in Frieden leben, wenn es dem Grundstücksamt nicht gefällt.

Am 22. Dezember 1927 schickte die Verwaltung folgende Kriegserklärung:

„Wir hatten Ihnen einen Raum für Abstellzwecke überlassen, Sie benutzten den Raum zum Abhalten von Versammlungen und Singstunden, wir sind gezwungen, Ihnen den Raum für 31. März 1928 aufzukündigen.“

Der Raum, um den es sich handelt, ist 12 Quadratmeter groß. Weil die Wohnräume zu klein sind, spielt das Kind des Mieters mit seinen Schulfreundinnen in diesem, zu ebener Erde gelegenen Raum. Versammlungen und Singstunden finden nicht statt. Auch wurde das Singen beim Waschen im Waschhaus der Frau verboten. Also ist es schlimmer wie im Zuchthaus, es fehlt nur noch die Zwangsjacke.

Gegen diese Maßnahmen muß scharf angefaßt werden. Diesen Reaktionen wird bestimmt das Handwerk gelegt. Die KPD-Fraktion wird vom Rat Rechenschaft verlangen. Aufgabe der Dresdner Arbeiterschaft ist es, unter Führung der KPD den Rat zu zwingen, diese Schikanen zu unterlassen und darüber hinaus einzutreten für die Beseitigung des Rates und unentwegten Kampf gegen die Lafaien Klüßers.

## Zur Lenin-Liebkecht-Lugenburg-Kundgebung

die am 22. Januar vormittags 10 Uhr im Zirkus Sarrasani stattfindet, haben die beteiligten Organisationen ein Programm herausgegeben, dessen Titelblatt ein eindrucksvoller Holzschnitt des bekannten Dresdner Künstlers Lachnit bildet. Der Kopf eines aus einer Stirnwunde blutenden Proletariats hebt sich von dunklem Hintergrunde ab. Mit bereits geschlossenen Augen, aber mit geballter Faust und über den Kopf gerecktem Arm mahnt der Tote... ein „besessener Soldat“ der proletarischen Revolution. Dieses künstlerisch hervorragende Titelbild entspricht durchaus der Vortragsfolge der Kundgebung. Zur Mitwirkung sind außer dem kombinierten, 80 Mann starken Sprechchor des RAB, der RZ, des RKB und des RSB Kurt Richter (am Flügel) und der Schauspieler Koch („Komödie“) gewonnen worden. Die Ansprache wird der ostfälische kommunistische Reichstagsabgeordnete Siegfried Kadel halten.

Der Charakter der Kundgebung wird treffend gekennzeichnet durch die Worte eines Kennspruches auf der Rückseite des Programmes:

Wir wollen nicht schütten zu euer Grab —  
Wir halten es offen...  
Wir lassen es offen in unserm Gedächtnis,  
Wir lassen auch nicht die Wunden vermalen.  
Wir halten sie offen,  
Sie sollen schmerzen,  
Sie sollen rinnen,  
Sie sollen brennen  
Uns jeden Augenblick erinnern an das,  
Was zu tun ist...

Am 22. Januar darf es deshalb keinen Klassenbewußten Arbeiter in Dresden geben, dessen Herz für die Revolution schlägt, dessen Hirn und Hände für sie arbeiten, der nicht an dieser großen Kundgebung für die Toten der proletarischen Revolution teilnimmt.

## Charakterlosigkeit oder Dummheit?

In der Sonnabendnummer der Dresdner Volkszeitung berichtet der „linke“ Unterhaltungsredakteur Paul Wochmann über den Vortrag Dr. Max Hodanns. Gleich am Anfang seines „objektiven“ Berichtes schreibt er, daß „Dr. Hodann Mitglied der kommunistischen Partei“ sei, um so bei dem Leser der Dresdner Volkszeitung den Eindruck zu erwecken, es handle sich um eine der „üblichen kommunistischen Lobreden“ auf die Sowjetunion. Dies mag P. W. zu schreiben, obwohl wir in den Einladungen und Ankündigungen betonen, daß Dr. Hodann keiner Partei angehört, und dies der Landessekretär der KPD, Schumann, in seinen einleitenden Worten ebenfalls besonders hervorgehoben. Der Grund, weswegen P. W. diese Unwahrheit schreibt, ist offensichtlich: Die Leser der Dresdner Volkszeitung sollen nicht erfahren, daß die

Parteilosen, die Rußland besichtigen, im Gegensatz zu den offiziellen SPD-Instanzen, die Sowjetrußland nie gesehen, die ungeheure Aufzucht, die die Russen unter den schwierigsten Verhältnissen und der dauernden plannmäßigen, von der SPD betriebenen Hege durchgeführt haben, rückhaltlos anerkennen. Ist es Dummheit oder Charakterlosigkeit, die P. W. veranlaßten einen solch plumpen Schwindel zu schreiben? Wir glauben beides.

## Gesunde Feiertage...

(Arbeiterkorrespondenz)

„Danke, danke — gleichfalls!“ ertönt es eines Tages auf der Falkenstraße 12/14. „Die Firma kennt man schon...“

Ja, da erschien wiederum das Unternehmertum und wünschte der Arbeiterschaft — gesunde Feiertage — denen, die bloß, höflich, sich abradern für so wenig Geld... Um jeden laut Tarif zustehenden Pfennig müßten sie kämpfen, und wenn Feiertage vor der Tür stehen, der Geldsack wieder gefüllt ist, dann sind sie großzügig und lassen sich sehen vor der Arbeiterschaft — und wünschen Gesundheit für die Feiertage.

Und die gesamte Arbeiterschaft — was sagt sie dazu? Sie lächelt und hat so oft schon nachgerufen: „Etwas richtiges zu „fressen“ wäre uns lieber...“ Nachdem sie vorüber sind, die Feiertage, Überstunden geschunden, da erklären die Herren K. u. V.: „Schlechtester Geschäftsgang, es muß kurzgearbeitet werden...“ Und zur Sommerzeit, wenn es Ferien geben soll, dann wird es wieder heißen: „Es gibt nur die Hälfte der Ferien, weil ja 13 Wochen Kurze gearbeitet wurde!“

Ja, so ist das wahre Gesicht der Unternehmer von der Falkenstraße 12/14.

## Das verpagte „Wunder“

Uns wird geschrieben: Ich weiß nicht mehr, was ich denken soll. Wird da immer gesagt, die Kirche sei geschäftstüchtig, und dabei läßt sie sich eine solch glänzende Gelegenheit entgehen. Die Erde ist steinhart gefroren. Kein Wassertropfen verliert sich ungefragt auf die Straße. Aber in der Südvorstadt, aus der Zionskirche, rieselt ununterbrochen Wasser, immer stärker und stärker. Ungläubige Menschen lassen das Gerücht verbreiten haben, daß heilkräftige oder mineralhaltige Quellen aufgedeckt seien.

Ah, warum liegt Dresden nicht im gottgesegneten Lande Bayern. Wie schön hätte man ein neues „Gotteswunder“ entstehen lassen können. Aber in dem versch... heidnischen Sachsen müßte man ja gewärtig sein, daß die Gottlosen sofort unteruchen würden, was hinter einem noch so streng gehüteten Eisengitter sich verberge.

Ja, in Bayern, da hätte man die günstige Gelegenheit benutzen können, um zu beweisen, daß Gott Beweise des Vorhandenseins den Abtrünnigen liefert. Man bedenk: Steinhardter Boden, strenger Frost, aus der Kirche kommt das klarste, hellste Wasser. Woher? Unbegreiflich. Also: „Gotteswunder!“ Die gläubigen Christen würden nicht danach fragen, ob ein Wasserleitungsrohr geklopft ist oder nicht. Sie würden das göttliche Wasser literweise kaufen und... gesund werden. Welch' glänzendes Geschäft!

So aber muß nun der Installateur doch wohl oder übel das Wasserrohr stiften.

Der gestörte „Gottesdienst“. In der Thomaskirche in Dresden-Altstadt entstand kurz vor Beginn der Predigt auf dem Dachboden ein Brand, der eine Weiterführung des „Gottesdienstes“ unmöglich machte. Da Gott nicht fürsorglich genug sein Haus gegen Feuergefahr geschützt hatte, sorgte die Dresdner Feuerwehr für eine erfolgreiche Beseitigung der Ursache des Feuers, eines Eschensetzels, durch den die aus Holz bestehende Altarverkleidung in Brand geraten war.

## Ein wildgewordener Bulle

Nach am Sonntag dem Viehtreiber Dähler auf dem Dresdner Schlachthof seine Hörner in den Unterleib, daß dieser buchstäblich aufgeschlitzt wurde. Das wilde Tier verlor auch noch einen zweiten Viehtreiber, bis es gelang, den Bullen zu bändigen. Beide Verletzten wurden dem Friedrichshäuser Krankenhaus zugeführt. Dählers Zustand ist bedenklich.

Strahlenbahnadmiral. Die Fundverwaltung der Straßenbahn im Stadthaus Theaterstraße 13 (Hof links) ist bis auf weiteres an Werktagen durchgehend von 8 bis 18 Uhr geöffnet. Sie ist fernmündlich zu erreichen von 8 bis 18 Uhr durch Fernsprecher 25 901, nach 18 Uhr durch 21 817.

## Ebelfte der Nationen...

Man kann feststellen, daß die Ehemaligen fast durchweg noch immer vermögende Leute sind. Sie bekümmern sich wenig um den Verfall des Schlosses, aber wenig anstrengenden Versuch des Schlossherrn oder Villenbesizers. Sie besitzen weiterhin so bedeutende Vermögen, daß sie sich fast alle eigene Verwaltungsstellen für ihre Reichtümer und Millionen zulegen müßten. Den deutschen Fürsten zahlte man ja Kleinstabfindungen auf Volkskosten; daß es aber auch ohne solche Alimmente keine hungerrnden Prinzen und Könige gibt, wie sie uns deutschnationale Phantasie gern vorgaukeln möchte, zeigen ein paar Beispiele:

Die russischen Romanows und auch die Habsburger wurden entschädigungslos entthront. Und wie geht es ihnen jetzt? — Der Großfürst Kyrill, der sich selbst zum Kaiser aller Reußen befördert hat, verfügt noch immer aus seinem Auslandsbesitz über so hohe Einkünfte, daß er sich an vier Orten prunkvolle Residenzen leisten kann. Er wohnt abwechselnd in Nizza, Schloß Hadron, St. Briac und in Koburg. Der ehemalige Großfürst Nicolaï Nicolajewitsch, russischer Oberbefehlshaber im Anfang des Weltkrieges, hat sich in Frankreich auf dem Schloß Choigny, im Departement Seine-et-Oise, zur Ruhe gesetzt. Großfürst Boris Wladimirowitsch sitzt in seiner Villa Alam in Cap d'Ant, einem Ort der Seealpen.

Auch die in alle Winde zerstreuten österreichischen Erzherzöge sind keineswegs notleidend. Die letzte Kaiserin Zita residiert mit sieben Kindern auf dem spanischen Schloß Lequeito. Dort werden die Pläne geschmiedet, um einen Habsburger wenigstens wieder zum König von Ungarn zu machen. Andere Mitglieder des Hauses haben sich auf großen Besitzungen in der Schweiz angesiedelt. Erzherzog Josef Ferdinand Salvator blieb in Österreich, mußte dort laut Gesetz seinen Titel ablegen und heißt jetzt nur Josef Ferdinand Habsburg-Lothringen.

Nach den Entthronungen kamen in den Fürstenthäusern die Eheschließungen. Die Titulirerange fromme Masse, mit der das Volk geködert werden sollte, konnte fallen und die Kirchentanten und -onkels nahmen an den weltlichen Sünden lebhaften Anteil. Von den Sprößlingen Wilhelms haben sich seit 1918 nicht weniger als drei, Eitel Friedrich, August Wilhelm und Joachim, scheiden lassen. Gleich zwei-

mal von ihren Gatten gelöst wurde die Prinzessin Maria Heinrich Reuß 32. jüngere Linie, wechselte sodann die Nummer und heiratete den Prinzen Heinrich Reuß 35. jüngerer Linie, um jetzt in dritter Ehe schließlich bei einem bürgerlichen Geheimrat in Neu-Tempelhof gelandet zu sein... Auf der fürstlichen Scheidungsliste stehen daneben noch eine große Anzahl andere Fürstlichkeiten.

Anebenbürtige Ehen mit Bürgerlichen gingen ebenfalls in letzter Zeit nicht wenige Blaubütige ein. Der Herzog Joachim von Anhalt heiratete eine Intendantentochter, Pippe „Töchter des Volkes“. Von weiblichen Mitgliedern zogen Charlotte von Schwerin und endlich die so jung verheiratete Frau Joubkorn, frühere Prinzessin Viktoria von Hohenzollern, zu erwählen.

Außergewöhnliche Schicksale findet man in der Geschichte der fürstlichen Arbeitslosen, Vorbestraften und Genicks. Prinz Woldegar von Dänemark als Hauptmann der Fremdenlegion in Mexico (Marokko), da lebt der Prinz Sigismund von Preußen (Sohn des Prinzen Heinrich) als Leopold Salvator in Hollywood, da filmt der Erzherzog paar Prinzen reiche Amerikanerinnen, da haben sich schließlich ein nach drüben verzogen. Im allgemeinen bevorzugen sie alle einer, der arbeitet.

Nur auf kriminellstem Gebiet haben sich eine Reihe hoher Herrschaften ziemlich intensiv betätigt. Der Gothaische Hofkalender verzeichnet folgende Vorbestrafte: Prinz Eitel Friedrich (jetzt „Landwirt in Poleschleben ins Ausland verurteilt. Prinz Louis von Bourbon, vor wenigen Wochen in Frankreich als Zehnpfarrer verurteiltes Gefängnis, als Frankfurter Gast eines Weiterburg-Alt-Leinings, verurteilte Frau Professor Potsdam bestrast.

Das sind die „Ebelften“ ihrer Nation...











# Gewerkschaftliches

## Streik als strafbare Handlung

Das neue Strafgesetz soll die Streikfreiheit vernichten

Das von der Bürgerlich-Regierung erstellte neue Strafgesetz soll die kapitalistische Offensiv gegen die Streikfreiheit mit einem entscheidenden Streich krönen: Der Streik wird zur strafbaren Handlung gekempelt, die mit Gefängnis, ja sogar mit Zuchthaus bedroht ist. Seit 1918, wo große Massen der Arbeiter die Koalitions- und Streikfreiheit gesichert glaubten, ist die Bourgeoisie im Bündnis mit den sozialdemokratischen Führern Schritt für Schritt vorgegangen, hat sie einen Angriff nach dem andern auf die Streikfreiheit gemacht. Ebert hat schon 1920 den Streik der südlichen Arbeiter und 1922 den Streik der Eisenbahner verboten und Streikfällen beschlagnahmen lassen. Ohne gesetzliche Unterlage kempelte die Klassenjustiz, einfach durch eine dementsprechende „Rechtsprechung“, den Streik der Beamten zur verbotenen Handlung. Die Schlichtungspraxis wurde immer mehr zum Raub der Streikfreiheit. Die deutsche Republik hatte zum Ueberflus ihr Strafgesetzbuch fast unversehrt von der wilhelminischen Monarchie übernommen, und immer häufiger wurden dieselben Paragraphen, die unter Wilhelm II. gegen Streikende angewandt wurden, auch in der Republik zur Verurteilung von Arbeitern benutzt.

Aber alles das genügt der Bourgeoisie noch nicht. Im Entwurf des neuen Strafgesetzes sind nicht nur alle Bestimmungen des bestehenden Strafgesetzes, die gegen Streikende angewandt wurden, wieder enthalten, sondern darüber hinaus sind neue Paragraphen geschaffen, die den Streik bei schweren Strafen verbieten. Es ist der § 238 des neuen Strafgesetzentwurfes, der die schwerste Bedrohung enthält. Selbst in der letzten K. u. K. Bundesausführung wurde in aufgestellten Richtlinien festgestellt, daß dieser § 238 den Raub des Streikrechts bedeutet.

Dieser § 238 lautet:

„Wer den Betrieb einer dem öffentlichen Verkehr dienenden Eisenbahn, Straßenbahn, Schwebebahn, Kraft- oder Wasserkraft-, Schiffs- oder Luftfahrtsunternehmung, eines Schiffes oder Flugzeuges, der Post, eines zur öffentlichen Versorgung mit Wasser, Licht, Wärme oder Kraft dienenden Werkes, einer dem Schutze gegen Feuergefahr dienenden öffentlichen Einrichtung oder staatlichen Anstalt, die der Landesverteidigung dient, dadurch verhindert oder hindert, daß er Besondere oder Zubehör beschädigt, zerstört, beeinträchtigt, verändert oder außer Tätigkeit setzt, wird mit Gefängnis bestraft. Der Versuch ist strafbar. In besonders schweren Fällen ist die Strafe Zuchthaus bis zu fünf Jahren.“

Dieser Paragraph richtet sich gleichermaßen gegen sogenannte Sabotageakte wie gegen die Arbeitsniederlegung in den oben bezeichneten Betrieben. Die Umschreibung dieser sogenannten „lebenswichtigen Betriebe“ ist mit Absicht so unbestimmt gehalten, daß die reaktionären Richter ohne Mühe sogar Bergwerke, weil sie „zur öffentlichen Versorgung mit Wärme“ dienen, oder Metallbetriebe, weil sie der „Landesverteidigung“ dienen, in sie einreihen können usw. Wer einen solchen Betrieb durch Arbeitsniederlegung „außer Tätigkeit setzt“, soll strafbar sein. Das bisher faktisch bestehende Streikverbot für Eisenbahnbeamte soll also auf die Straßenbahner, Schiffer, Elektrizitätsarbeiter und weitere Schichten ausgedehnt werden. Die Anwendungsmöglichkeit des Paragraphen ist geradezu unbegrenzt, es gibt überhaupt keinen Berufsstand, der von den Klassenrichtern im Falle eines Streiks nicht unter diesen Kaufschußparagraphen gebracht würde.

In der Begründung der Reichsregierung zu diesem Paragraphen wird ausdrücklich gesagt, daß die bedrohten Handlungen in der Arbeitskampfbewegung angewandt werden und daß das Gesetz sich über die Strafbarkeit derartiger Handlungen klar aussprechen müsse. Wörtlich wird dann noch hinzugefügt:

„Es sind Fälle denkbar, wo die Androhung von Gefängnis nicht ausreicht... Wer z. B. einen Großkessel des Wasser oder des Licht abkühlt oder wer die Zufuhr von Milch oder anderer Lebensmittel durch die in § 228 geschützten Verkehrsmittel verhindert, muß mit schwerer Verbrennungstrafe belegt werden können.“

Der § 239 bedroht Sabotageakte und Arbeitsniederlegung in Telegraphen-, Fernsprech-, Funk- oder Kohlepostanlagen mit Gefängnis und Zuchthaus.

Der Erpressungsparagraph des geltenden Strafgesetzbuchs ist schon in zahlreichen Fällen zur Verurteilung streikender Arbeiter und Gewerkschaftsfunktionäre angewandt worden. Der Erpressungsparagraph im neuen Entwurf (§ 339) bietet dieselben Handhaben; wieder fehlt die Bestimmung, die seine Anwendung auf streikende oder mit dem Streik drohende Arbeiter ausschließt.

Der Große-Unzucht-Paragraph, der bisher vor allem zur Strafverfolgung von Streikposten diente, ist im neuen Entwurf in dieser Hinsicht noch verschärft. Es heißt in Absatz 1 des § 395, daß jeder strafbar ist, der durch „ungehör-

# Der zweite Verhandlungstag des Kongresses der Freidenker-Internationale

(Telephonischer Bericht unseres Sonderberichterstatters.)

Der zweite Verhandlungstag ist, was die öffentlichen Verhandlungen anbelangt, ausgefüllt von der Eröffnung der Freidenker-Ausstellung und der Berichterstattung der einzelnen nationalen Sektionen. Aus dem Bericht des Generalsekretärs Franzl, Wien, erfährt man, daß zehn Länder mit sechzehn Organisationen der Internationale angeschlossen sind. Richtig bezeichnete Franzl als Pflicht der Internationale, in jedem Lande für das Bestehen einer proletarischen Freidenkerorganisation Sorge zu tragen. Die Internationale umfaßt jetzt 1800 000 Mitglieder. Davon sind aber nur 400 000 zahlende. Die Finanzen ständen gut. Ins neue Jahr sei man mit einem finanziellen Plus hineingegangen.

Von allen Ländern steht, was die Freidenkerbewegung betrifft, England am schlechtesten da. Franzl muß das vollkommene Versagen der Gründung einer proletarischen Freidenkerorganisation mitteilen. Dementsprechend sah auch der Sozialismus in seiner religiösen Färbung durch Macdonald aus.

Im übrigen geht es nach Franzls Bericht in allen Ländern vorwärts. Vor allem kommt es überall zur Trennung von bürgerlichen Freidenkerelementen und zur Proletarisierung der Freidenkerbewegung.

Der politisch schlechteste und auch sonst in jeder Beziehung dürrigste Bericht wurde von dem Kultursekretär Schmidt des deutschen Verbandes, der jetzt 522 000 Mitglieder zählt, erstattet. Er sprach zwar von der zu bekämpfenden Verdrängung der Arbeiter, aber kein Wort von dem religiösen Sozialismus als

der ideologischen Seite der praktischen Koalitionspolitik der SPD mit dem Zentrum. Er sprach davon, daß gerade in Köln die Vertiefung der Arbeiter weit fortgeschritten sei, aber er legte keinen Ton über die Rheinische Zeitung, die in ihrer händigen Kulturbeilage die wichtigste Trägerin des religiösen Sozialismus ist. Ueberhaupt schob er alle Schuld den Arbeitern zu und meinte resignierend, in einer Demokratie dürfe man sich nicht wundern, daß die Mehrheit der Schulen konfessionell ist, wenn die Mehrheit der Arbeiter sich noch in der Kirche befindet. Er schloß mit der Bemerkung, man müsse gegen beide Richtungen der Arbeiterbewegung kämpfen, mit dem Rufe: Heraus aus der Kirche als der Vorbedingung zum Sozialismus.

Von den übrigen Länderberichten ist noch besonders hervorzuheben, was Franzl für Oesterreich mitteilte. Franzl wandte sich ziemlich stark gegen die Beschlüsse der österreichischen Sozialdemokraten, in der Religionsfrage die Neutralität zu üben, um gegebenenfalls auch mit den Christlich-Sozialen in eine Koalitionsregierung zu gehen. Franzl schilberte recht interessant, wie er sich persönlich auf dem letzten Parteitag der österreichischen Sozialdemokraten um die Durchföhrung des marxistischen Standpunktes in der Weltanschauungsfrage bemüht habe, wie er aber infolge der Koalitionswünsche seiner Partei eine glatte Niederlage erlitt.

Bei dem Abschluß der Berichterstattung gegen acht Uhr abends war die sowjetrussische Delegation immer noch nicht eingetroffen. Die Tagung land am Freitag ihre Fortsetzung durch verschiedene wichtige Referate und Korreferate.

## Zuteilpinnerei Ostrik

(Arbeiterkorrespondenz)

In der letzten Textilarbeiterzeitung ist ein Artikel zu lesen: „Kommunistische Zellenbauer im Textilarbeiterverband“. Es ist dort ein Rundschreiben der „Opposition“ abgedruckt, welches besagt, daß bei den kommenden Ortsverwaltungen alles getan werden muß, um die Ortsverwaltung in die Hände der Opposition zu bekommen, um dieselbe dem Reformisten aus der Hand zu reißen. Darüber natürlich großes Geschrei seitens der Leitung über Zersplitterung und Schwächung des Verbandes. Wie sieht es nun aber im Textilarbeiterverband mit der Kampfkraft unter Leitung der reformistischen Verräter aus? Ihr braucht euch bloß in der Zuteilpinnerei Ostrik umzusehen. Seit 14 Tagen müßt ihr Überstunden schinden, und warum? Haben euch das die Folgnere, Bunzel und Konwitzer eingezogen und es deshalb notwendig wäre, länger zu schufteln. Was ist aber der wirkliche Grund eurer Längerarbeit? Nun, Kollegen, der Schwesternbetrieb in Doppel ist stillgelegt worden, und in Schiffsfeld befinden sich eure Kollegen schon drei Wochen im Streik. Sollten das eure Führer Bunzel und Folgnere nicht gewußt haben, oder ist es in eurem Verband so, daß die eine Hand nicht wissen darf, was die andere tut? Als Verbandsfunktionäre mühten sie es wissen und haben es gemerkt. Es wäre ihre erste Aufgabe gewesen, euch darüber zu unterrichten, um zu verhindern, daß in eurem Betrieb Streikbrecherarbeit getan wird. Wollt ihr noch länger dulden, daß eure Kollegen in Doppel und Schiffsfeld auf der Straße liegen, indem ihr von den Zuteilpinnern mit Hilfe eures Verbandes zu Streikbrechern mißbraucht werdet? Kollegen! Augen auf, und ihr werdet erkennen, daß der schöne Neujahrstext in eurer Verbandszeitung elende Phrasen ist. Seht ihr denn nicht das freundschaftliche Händedrücken zwischen Direktor und Betriebsrat? Oder soll das etwa zum Kampf um bessere Lebensbedingungen beitragen? Deshalb Kollegen und Kol-Lebensbedingungen beitragen? Macht die Worte wahr, die einmal beginnen, lagen wir euch, macht die eure Führer an! Werdet August Rebel gelagt hat: „Seht euch eure Führer an! Werdet aktive Kämpfer in eurem Verband und macht eure Gewerkschaft wieder zu einem Klassenkampfinstrument. Sagt die Leute, die euch bewußt verraten, zum Teufel! Sorgt dafür, daß bei den kommenden Ortsverwaltungen nur solche Kollegen gewählt werden, die gewillt sind, ehrlich und aufrecht die Interessen der wertvollen Bevölkerung zu vertreten. Reißt euch ein in die rote Front des kämpfenden Proletariats! Reißt die Arbeiterstimme!“

## Gemeinde- und Staatsarbeiter!

Achtung, Kurzeinsteiger! Die Fortsetzung unserer Vortragsveranstaltung über „Sozialpolitik“ beginnt wieder am Dienstag, dem 10. Januar 1928, 19 Uhr, im Zeichenaal des Wettineranmnasiums. Genosse Rinke spricht über die Angestelltenversicherung.

Verantwortlich für Politik: Bruno Goldhammer, Dresden; für Lokales: Richard Spengler, Dresden. — Druck: „Neuwag“, Dresden.

# An den Ufern des Hudson

Roman von H. Desberry

(27. Fortsetzung.)

„Es dürfte in der nächsten Zeit zum Streik kommen. Und da wäre es sowohl für Sie als auch für mich peinlich, wenn...“

„Ich verstehe. Wollen Sie mit nicht Ihre Forderungen mitteilen, vielleicht gelingt es mir, meinen Vater zu überreden.“

Harvey und Jack Benson sprachen noch eine Weile miteinander, schließlich sagte Harvey:

„Ich muß die Berechtigung Ihrer Forderungen anerkennen, werde noch heute in dieser Angelegenheit meinem Vater schreiben. Gelingt es mir nicht, ihn zu überreden...“

„So werden wir streiken.“

„Dann wünsche ich Ihnen einen glücklichen Ausgang des Streiks.“

Der junge Arbeiter lachte.

„Wenn Ihr Vater Sie hörte, Herr Word!“

„Und wenn Sie uns etwas mitzuteilen haben, so kommen Sie, bitte, zu Frau Mathers, das können Sie doch, nicht wahr?“

„Ja.“

Jack Benson verabschiedete sich und Harvey und die junge Frau blieben allein zurück.

Grace war äußerst aufgeregt über die soeben vernommene Nachricht.

„Wenn wir nun doch endlich die richtige Spur gefunden hätten,“ rief sie.

Harvey blinzelte ungläubig drein.

„Das Ganze klingt etwas phantastisch,“ entgegnete er.

„Außerdem hat Benson die Worte von einem unzuverlässigen Menschen, von einem Spieghel gehört... Jedenfalls aber werde ich der Spur nachgehen.“

„Wie gut Sie sind. Ich weiß, daß Sie nicht an diese neue Möglichkeit glauben, Sie sind aber dennoch bereit, alles zu tun, bloß weil Sie wissen, daß es für mich eine Berufung ist.“

„Ich täte Ihnen zuliebe alles auf der Welt.“

Sie lächelte ihn an.

„Sie sind wirklich ein guter Freund, Harvey.“

Noch nie hatte sie ihn bei seinem Vornamen genannt, das

Blut schoß ihm ins Gesicht, er vergaß alle Vorsicht, beugte sich über die junge Frau nieder, flüsterte:

„Nur ein guter Freund, Grace? Werde ich Ihnen nie mehr sein können? Sie müssen ja wissen, daß ich Sie liebe.“

Grace wich ein wenig zurück.

„Harvey... nicht... Sie...“

„Ja, ich weiß, Sie denken an John. Ich weiß, daß er in Ihrem Herzen stets den ersten Platz einnehmen wird. Aber können Sie nicht auch mich ein wenig lieb haben? Ich bin genügsam, Grace, verlange ja bloß mit Ihnen zusammen zu sein, Ihnen dienen, Sie beschützen zu dürfen. Es wäre keine Untreue John gegenüber. Sein Andenken ist uns beiden gleich heilig, wir würden zusammen...“

„Sie quälen mich.“

„Liebste, verzeihen Sie mir. Aber ich liebe Sie so, bin so unglücklich, so verzweifelt.“

Sie blinzelte ihn betrübt an, sagte leise:

„Ich empfinde für Sie nur Freundschaft.“

„Das genügt mir, Grace, Liebste, schiden Sie mich nicht fort. Ich kann ein Leben ohne Sie nicht ertragen.“

Seine Leidenschaft, der gequälte Ausdruck seines Gesichtes rührten die junge Frau. Zögernd, mit leicht zitternder Stimme, sagte sie:

„Wenn Ihnen meine Freundschaft wirklich genügt...“

„Ja, ja, Liebste.“

Er zog sie in seine Arme, da er jedoch sah, daß sie erschreckend zurückwich, beherrschte er sich und küßte nur innig die kleine weiße Hand.

Es gelang Harvey, Grace davon zu überzeugen, daß es gar keinen Sinn hätte, die Hochzeit hinauszuschieben. Waren sie einmal verheiratet, so konnten sie viel besser gemeinsam nach Kamleys Wälder forschen.

Die junge Frau schien dies einzusehen; sie befand sich in einer seltsamen Geistesverfassung. Bismellen war ihr, als besäße sie ein Unrecht an dem Toten; John Rawley stand vor ihren Augen, lebendiger schärfer als Harvey, ihrem Herzen näher; dann setzte sie sich an den Schreibtisch, um an den jungen Word zu schreiben, er möge ihr verzeihen, aber sie könne nicht seine Frau werden. Doch wurde der Brief nie abgeschickt, denn es gab auch Stunden, da der Lebende mit seiner großen innigen Liebe den Toten verdrängte. In Harveys Gegenwart schwand die furchtbare Einmaligkeit, von der Grace so häufig gequält wurde, er brachte Licht und Farbe in die Eintönigkeit ihres

Daseins, und sie mußte sich selbst gestehen, daß sie ihn nicht mehr missen könne. So vergingen für sie die Tage, zerrissen vom Zwiepsalt ihrer Gefühle.

Harveys Verhalten der jungen Frau gegenüber war ein äußerst kluges; nicht umsonst hatte er sich jahrelang mit Psychoanalyse befaßt, er begriff ihre Gefühle völlig, kannte jede Schattierung, jede Nuance ihrer Stimmung, wußte sie ihnen anzupassen. Er hielt seine Leidenschaft im Zaum, lehnte den Freund heraus, ließ Grace immer wieder vergessen, daß er Rechte auf sie habe, daß sie nun ihm gehöre. Zugleich umgab er sie mit zarter Sorgfalt und Rücksicht, was stets nur auf ihr Wohl bedacht, so daß sie allmählich immer abhängiger von ihm wurde. Er vermied es keineswegs von John Rawley zu sprechen; im Gegenteil, er war es, der den Namen des Freundes immer wieder erwähnte, während Grace diesem Thema auszuweichen begann; es war fast, als scheute sie sich, Johns Namen auszusprechen.

Am Vorabend des Hochzeitsabends, da Harvey ihr beim Abschied die Hand küßte, warf sie sich ihm völlig unerwartet in die Arme, hielt ihn fest umklammert, rief plötzlich aufschluchzend:

„Halte mich fest, Harvey, ich habe solche Angst, solche Angst!“

Harvey fühlte, daß sie am ganzen Körper zitterte. Sanft beruhigend streichelte er den blonden Kopf, der an seiner Brust lag, fragte zärtlich:

„Wovor fürchtest du dich, Liebste?“

„Ich weiß es nicht, aber eine furchtbare Angst preßt mir das Herz zusammen, schnürt mir die Kehle zu. Geh noch nicht fort, laß mich nicht allein.“

Er kehrte mit ihr ins Haus zurück, blieb bei ihr, bis sie ruhiger geworden war.

Am folgenden Morgen betrateten sie in aller Stille auf dem Stadesamt, fuhrten dann nach dem kleinen Jagdhaus hinaus, wo sie ihre Flitterwochen verbringen wollten.

Grace hatte von ihren Diensthöfen niemand mitgenommen.

„Ich will durch nichts an das alte Leben erinnern, will ein neuer Mensch werden,“ hatte sie gesagt.

Das Jagdhaus war ein allerliebste kleines Holzhalet, nach Schweizer Muster, das mitten im Walde lag, anderthalb Stunden von der Stadt entfernt.

Sie verbrachten einen ruhigen Tag, wanderten im Wald umher, richteten sich wohlhin ein. Harvey vermochte kaum zu glauben, daß er nicht träume, daß die reizende Frau, die im Moos neben ihm lag, wirklich die seine sei. Grace war still und versonnen, sie sah bloß aus, hatte schwarze Schatten unter den Augen und klagte über Kopfschmerzen.

(Fortsetzung folgt.)



DRESDEN-A.

Sie erhalten alle Molkereiprodukte Vollmilch, Schlagsahne, Sahne, Joghurt, Butter, verschied. Käsesorten und sonstige Lebensmittel in bester Beschaffenheit in Dresden und seinen Vororten durch unsere zahlreichen Verkaufsstellen. DRESDEN-A. 27 DREMA A.-G. WÜRZBURGER STRASSE 9



Ronditorei und Café Schnitzger (fr. Café Tharner) Altmallenstr. 16

Restaurant „Stiftshof“ Wettinerplatz 4

Tambour-Kaffee-Rösterei G. m. b. H. Dresden-A., Marienstraße 16

Zigarren, Zigaretten, Tabake Kurt Lindner, Maternistr. 12

KAFFEE-RÖSTEREI ALBIN SCHMIDT Pflanzl. Str. 16, nahe Rathausplatz

Sanitätshaus Frauenhilfe Inhaber R. Herzig 16 Pflanzl. Str. 16

Rasieren / elektr. Haarschneiden alle Parfümieren Moritz Richter, Josephinenstraße 5

Bellevue Freitag, Sonnabend u. Sonntag ff. Ballmusik Walthersstr. 27

Berufskleidung 43" A. ALTUS 43" Große Bismarckgasse

Kauft nur in der Radio-Zentrale O. Grohmann Dresden-A., Reilbahnstraße 3

Restaurant Rabenschenke Sühnstraße 2b

Konditorei und Feinbäckerei Alfred Bager, Große Brüdergasse 13

Kahn's Schuhhäuser Annenstr. 39, Bautzener Straße 23

Drogenspezialhaus Krutergewölbe, Farben Spalteholz & Bley Pflanzl. Straße 20

Wahl- und Küchenbäder Dr. Bruno Straube Große Zöllnerstraße 15

Zigarrenhaus „Hier ist es“ Annenstr. 41

Haus- und Küchengeräte Hugo Rückert Nur Große Brüdergasse 8

Ja Kernleder Ja vorteilhaft nur Falkenstr. 10

Optische Anstalt H. Beyer Nachf. Inh. Hans Stumpf Pflanzl. Straße 20

„Atlantic“ Deutsche Seefischvertriebs G. m. b. H. Zweigniederlassung Dresden-A. 1

Photo-Schönfeldt Amalienstraße 10 / Kameras



Restaurant Reisewitz (früher Schloßautomat) Gr. Brüderg. 15

DRESDEN-PIESCHEN

Sport- und Trikotagen-KADEN Torgauer Str. 33 Fernr. Nr. 53507

Konditorei und Café „SAXONIA“ Hermann Kaut, Oschatzer Straße 18

Hommels Schokoladenhaus Ecke Torgauer u. Bürgerstraße

Stiefeltechnik Edith / Kraft / Radlo Albert Finke, Bürgerstraße 8

Paul Schimpf, Fischgroßhandlg. Oschatzer Straße 21

Albin Seiffert Schuhmachermeister

Moltke-Apotheke Leipziger Straße 150

R.Thomschke, Moltkestr. 56 Schuhreparatur / Schuhwaren

Bevor Sie kaufen, besichtigen Sie meine Ausstellungsstücke

LICHTSPIELE STADT BREMEN Leipzig Straße 98

Karl Scholz, Sattlerei, Bürgerstr. 53

Photo- u. Fahrradhaus „Stern“ Inh. H. Schroppe, Bürgerstr. 20

Molkereiprodukte Franz Wenzlau, Moltkestraße 51

DRESDEN-COTTA

LEBENSMITTEL Otto Bergemann / Meißner Landstraße 1

Schokoladen-Spezialgeschäft Ida Zieg, Cossebauder Str. 40

Stern-Drogerie, Erich Hofmann Warthstr. Ecke Freilichtstraße

Lebensmittel, Alma verw. Frisch Reudersdorfer Straße 6

Lübcker Hof empfiehlt seine Lokaltüten

Wäsche und Wollwaren, sowie selbstgefärbte Kleider

Lebensmittel, Kolonialwaren u. Hauswirtschaftliches

PERLO-DROGERIE, Drogen, Farben, Lacke

W. Kurt Petrich Schuhreparatur

Drogerie A. Kieß Lößener Straße 77

Zigarrenhaus Bertha Simon Lößener Straße 111

Herren- und Damenfrisiererei/Barbiere

Friedrich Lehmann Makronen-, Schokoladen- und Zuckerwarenfabrik

Arthur Pieper Uhren, Goldwaren, Silberwaren

DRESDEN-STREHLLEN

KÖNIGSHOF Dresden-Strehlen Gerhart-Hauptmann-Str. 62

Bruno Bergmann Gerhart-Hauptmann-Str. 39 Biergroßhandlung Siphonversand

DRESDEN-N.

Dampfwäscherei „Reform“ Inh. Alfred Zschan, Markgrafstraße 16

Möbelhaus „Union“ 17 Alaunstraße 17

Reform- und Kinderbetten Matratzen, fertige Betten DRESDENIA

Damen- und Herrenhüte direkt aus der Fabrik Leipziger Straße 112

DR. TRACHENBERGE Haus- und Küchengeräte

DRESDEN-REICK Arbeiter! Kauft Handwerkerbrat!

Hans Fischer, Reicker Str. 113 Ordnwaren / Fischwaren

Damen- und Herren-Friseur Helma Weißbach, Altrelck 2

Friseur Friedrich Walther Reicker, Ecke Tornier Straße

Zigarren-Spezial-Geschäft Große Auswahl in Zigarren, Zigaretten, Pfeifen, Rauch- u. Kautabak

DRESDEN-STRIESEN

Drogerie Gerhard Pesch Dresden-A. 19, Auguststr. 3

Brof-, Weiß- und Feinbäckerei PAUL THIELEMANN

Wagenverleihschäft, Kolonialwaren, elektr. Riegel, Trecken- und Biechgeräte

Hamburger Fischhalle, Ebnburger Str. 6

Viktoria-Drogerie, Schandauer Straße 49

Leder-Ausschnitt und Schuhmacherbedarf

Schirme, Spazierstöcke, Bezüge und Reparaturen

DAMENNÜTZE direkt im Fabriklager der Damenschuhfabrik

Spezialgeschäft für Schuhreparaturen

Hauswirtschaftliches und Kolonialwaren

ZSCHACHWITZ Kolonialwaren

Adler Drogerie Eugen Thömel, Putzberg-Platz

Wild, Geflügel, alle Sorten Fische

A. HÖHLE Hüblerstraße 7

Schuhreparaturen, solide und preiswerte Handarbeit

Gasthof Dobritz Jeden Sonntag Ballmusik

Alfred Fleck, Bäckerei und Konditorei

Bruno Rochalski, Schuhmacher

Max Braun, Fleischermelster

Gasthof Prohla, Verkehrslokal

Die gute, echte Holsteiner Margarine

Walter Ziegler, Finkenweg 5

Hermann Fehr, Bäcker

Privat-Mittagstisch Selbstgebackener Kuchen

Klein-Zschachwitz Kaufhaus Dietrich

Klemm's Schuhhaus in Preiswürdigkeit

DRESDEN-LOBTAU

Albert Saalheim Aeltestes Spezialgeschäft für Damen-, Herren- und Kinderbekleidung

Kesselsdorfer Straße Ecke Bünastraße

Gasthof und Ballsaal Bürgergarten Lübcker Straße 16

FÜR DIE AUGEN H. Dahn

ERNST BERTHOLD Kesselsdorfer Str. 1

FEINBÄCKEREI Walter Thiele

Gustav Müller, Fischhandlung Kesselsdorfer Straße

MAX HERZOG Kesselsdorfer Straße 19

Hans Trede, Kesselsdorfer Straße 19

Otto Frenzel, Kesselsdorfer Str. 30

Butterhandlung Loreley Kesselsdorfer Straße 12

Zigarrenhaus Gebr. Risse Kesselsdorfer Straße

G. Martini, Nähmaschinen, Fahrräder, Ersatzteile

BLOUSENECKE Webergasse, Ecke Altmarkt

KESSELS-DÖRPER STR. 14

Wild, Geflügel, Obst, Grünwaren und Konserven

Wer Oes sparen will, gehe zu Jupiter MULLER

Uhren, Goldwaren, Optik Mende, Kesselsdorfer Str. 32

Knorr's Schokoladenhaus Kesselsdorfer Straße 3

Feinkost, Wild, Geflügel Oskar Grundmann